



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.5337.02

WSD/P065337

Basel, 29. November 2006

Regierungsratsbeschluss
vom 28. November 2006

Interpellation Nr. 83 Talha Ugur Camlibel betreffend sozialhilfeabhängige Migrantinnen und Migranten

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. November 2006)

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Frage 1

Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass ein hoher Anteil der SozialhilfebezügerInnen Migrantinnen und Migranten sind?

Es ist seit Jahren festzustellen, dass nahezu die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden nicht schweizerischer Herkunft sind, was im Gegensatz zur Zusammensetzung der Wohnbevölkerung steht. Im Verlauf des Jahres 2005 waren insgesamt 13'011 Menschen in Unterstützung. Davon sind 6'494 Migrantinnen und Migranten (50%) mit 1'835 Kindern und Jugendlichen (14%) bis zum 17. Altersjahr. Zusätzlich ist jede zweite Ehe binational, und die Hälfte der Kinder hat fremd- und mehrsprachige Eltern. 60 % der Klientinnen und Klienten sind infolge Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen.

Der hohe Anteil an den Sozialhilfebeziehenden ist damit zu erklären, dass ein überproportional grosser Teil der Migrationsbevölkerung aus bildungsferneren und -schwachen Kreisen stammt. Neben mangelnder schulischer Bildung und fehlenden Deutsch-Sprachkenntnissen sind mangelnde Berufsqualifikationen wie auch nicht anerkannte Ausbildungen aus dem Herkunftsland festzustellen. Migrantinnen und Migranten sind daher häufig in Tieflohnbranchen und in Teilarbeitsverhältnissen sowie in prekären Arbeitsverhältnissen tätig, was das Risiko erhöht, von der Sozialhilfe abhängig zu werden.

Diese Situation ist im wesentlichen eine Folge der Einwanderungspolitik des letzten Jahrhunderts. Damals wurden in grossem Ausmass Hilfskräfte aus dem Ausland rekrutiert, ohne dass dabei Anforderungen an Grundschulabschlüsse, geschweige denn Berufsschulabschlüsse gestellt wurden (Saisonierstatut). Dass in Zeiten wirtschaftlicher Rezession gerade minderqualifizierte Arbeitsplätze wegfallen, erklärt, dass ein Grossteil der Sozialhilfebeziehenden Migrantinnen und Migranten sind. Neben den konjunkturellen sind aber auch strukturelle Entwicklungen zu beobachten: Vermehrt werden minderqualifizierte Arbeitsstellen weg-

rationalisiert, ohne dass adäquater Ersatz absehbar ist. Dass diese Entwicklung vor allem diejenigen Menschen betrifft, welche diese Art von Arbeiten ausgeführt haben, ist offensichtlich.

Frage 2

Welche Massnahmen wurden zur Verbesserung der oben erwähnten Situation bereits ergriffen?

Die Schulen in Basel wenden namentlich zur Förderung der Sprachkompetenzen erhebliche Mittel zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler auf. In dieser Gruppe ist die Migrationsbevölkerung überproportional vertreten. Auch bei den Übergängen von der Schule in die Berufsbildung werden grösste Anstrengungen gerade für potenziell gefährdete Jugendliche unternommen. Auch hier sind Migrantinnen und Migranten überproportional Nutzniesserinnen und Nutzniesser der Angebote. Als zentrales Entwicklungsvorhaben sei noch der sukzessive Ausbau der Tagesbetreuungsstrukturen in der Vorschul- und Schulzeit genannt, die einen stark integrativen Ansatz verfolgen. Der Kanton versucht also bereits heute mit grossem Mitteleinsatz und mit einer präventiven Optik, die möglichen Spätfolgen schlechter Schul- und Berufsbildung für alle Bevölkerungsgruppen zu verhindern, ohne allerdings dabei die Migrationsbevölkerung immer explizit zu nennen. Das im November 2005 publizierte Leitbild für die Basler Schulen sowie der im April 2006 veröffentlichte Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt nennen die Ziele und Handlungsfelder für eine verbesserte Bildung und Integration von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

In kurativer Hinsicht versuchen das Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA und die Sozialhilfe in Zusammenarbeit mit zahlreichen nichtstaatlichen Organisationen Arbeitslose durch Programme in Arbeit zu integrieren. Die umfangreichen Aktivitäten des AWA sollen verhindern, dass es überhaupt zu einer Langzeitarbeitslosigkeit kommt, die einen Sozialhilfebezug nach sich zieht. Auch hier wenden Bund und Kanton jährlich Mittel in zweistelliger Millionenhöhe auf, die Vertreterinnen und Vertretern der Migrationsbevölkerung zu Gute kommen. Schliesslich ist zu erwähnen, dass das ganze Instrumentarium staatlicher Fördermassnahmen uneingeschränkt auch für Migrantinnen und Migranten zur Verfügung steht.

Mit der seit einigen Jahren konsequent umgesetzten kantonalen Integrationspolitik (Leitbild und Handlungskonzept; Prinzip des Fördern und Fordern) beginnt die Integration im Kanton Basel-Stadt mit dem Zuzug. Der entscheidende Schritt beginnt bei der Anmeldung sowie dem Konzept "Willkommen". Alle Zuziehenden werden schriftlich und mit Begrüssungsveranstaltungen auf die zahlreichen Kurs- und Beratungsangebote hingewiesen, über das Verwaltungssystem im Kanton Basel-Stadt und das Leben in der neuen Heimat informiert. Mit Begrüssungsanlässen in den Quartieren werden Zuziehende über Angebote, Institutionen im neuen Wohnumfeld hingewiesen und damit in ihrer sozialen Eingliederung gefördert. Mit über 60 Projekten wird die systematische Integration vorangetrieben. Für lang Anwesende wurden speziell niederschwellige Angebote wie "Lernen im Park", "Ich lerne deutsch fürs Kind" oder "Abfalltrainer" konzipiert. Regelmässig durchgeführte Themenveranstaltungen, die <<Integration Basel>> mit den jeweiligen Fachdepartementen durchführt, sprechen ebenfalls diese Bevölkerungsgruppe an. Mit dem geplanten kantonalen Integrationsgesetz

wird diese Politik konsequent weiter geführt. Die Migrationspolitik des Bundes hat eine Änderung erfahren, indem das Qualifikationsniveau der Migration neu definiert wurde. So sollen die oben genannten Risiken vermindert werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die umfangreichen Berichte verwiesen, welche zum Stand der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung bereits publiziert wurden.

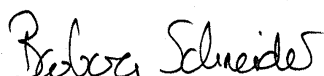
Frage 3

Welche Massnahmen sind zusätzlich geplant?

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine der modernsten Integrationspolitiken in Europa. In der Umsetzung dieser Grundsätze wird sich die Situation der Migrationsbevölkerung verbessern. Einzelne Integrationsprojekte wie beispielsweise "Crescenda", das als umfassendes Lern-, Beratungs-, und Coachingprogramm speziell Migrantinnen befähigt, ein eigenes Unternehmen aufzubauen, fördern die individuellen Kompetenzen und führen zur Selbstständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit.

Der Regierungsrat hat im Oktober 2006 ein umfassendes Massnahmepaket gegen die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Dieses Massnahmepaket setzt an verschiedenen Punkten an. Im Kern geht es darum, die bei der Beantwortung der Frage 2 erwähnten präventiven und kurativen Aktivitäten noch einmal zu optimieren bzw. zu erweitern und besser auf einander abzustimmen. Auch hier: ohne es explizit zu nennen, werden von diesen Massnahmen Migrantinnen und Migranten bzw. ihre Kinder überproportional profitieren. Die Sozialhilfe selbst wird ihre aufwändigen Massnahmen im Rahmen dieses Programms fortsetzen und ausbauen, so dass möglichst viele Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, also entsprechend ihrem Anteil auch Migrantinnen und Migranten, welche nicht ausdrücklich dispensiert sind, in Programme zur Integration für Arbeit vermittelt werden.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Barbara Schneider
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber